



Aktuell werden alle Asylbewerber, die in Baden-Württemberg ankommen, in Patrick Henry Village bei Kirchheim registriert. Damit hier in den nächsten Jahren ein „Stadtteil der Zukunft“ entstehen kann, soll das Ankunftscenter jedoch umziehen. Foto: Rotho

KOMMENTAR

Nicht klug

Sebastian Riemer über die Standort-Diskussion um das Ankunftscenter

Es ist zum Verzweifeln: Da macht Heidelberg jahrelang Druck beim Land, das Ankunftscenter zu verlegen. Nun gibt es eine Alternative, die das Land mitträgt – und der Gemeinderat bremst. Patrick Henry Village sollte eine Spielwiese sein, auf welcher der Stadtteil der Zukunft entsteht. Jetzt fordern manche Stadträte, das Landescenter dort zu integrieren. Wie soll das gehen bei einem eingezäunten Monolithen? Noch schwerer wiegt: Wackelt der Zeitplan für den Umzug, lässt sich der Bund kaum auf Kaufverhandlungen mit der Stadt ein. Dann droht kompletter Stillstand.

Klar, die Wolfsgärten sind nicht ideal. Der Gemeinderat muss sich dafür einsetzen, diesen Standort für die Menschen wohnlich zu gestalten. Eine Ablehnung aber wäre fatal. Die ambitionierten Ziele für Patrick Henry Village können einfach nicht erreicht werden, wenn man den Planern eine solche Hypothek auflädt. Kluge Stadtentwicklungspolitik sieht anders aus.

Ankunftscenter: Entscheidung erst 2019

Mehrheit gegen Verlagerung auf die Wolfsgärten zeichnet sich ab – Bleibt es in Patrick Henry Village? – Ausschuss vertagte Diskussion

Von Denis Schnur

Keine Entscheidung in der Diskussion um das Ankunftscenter für Flüchtlinge: Der Haupt- und Finanzausschuss (Hafa) hat das Thema gestern vertagt. Erst im Februar soll der Gemeinderat abstimmen, ob die Landes-Einrichtung von Patrick Henry Village (PHV) auf das Gelände Wolfsgärten im Westen Wieblings umzieht. Die Vertagung hatte der Ältestenrat vor der gestrigen Sitzung abgesprochen, weil die Beratungszeit vielen Stadträten zu kurz war – aber wohl auch, weil sich eine Mehrheit gegen die Pläne des Landesinnenministeriums abzeichnete.

Denn am Vortag hatte nicht nur der Wieblingler Bezirksbeirat einstimmig und unter Beifall von rund 30 Besuchern gegen die Verlagerung des Zentrums gestimmt. Auch mehrere Stadträte hatten sich dort gegen das Vorhaben ausgesprochen, weil sie

das Gelände zwischen Autobahn und Bahngleisen für nicht zumutbar halten.

Monika Meißner, SPD-Rätin und Wieblinglerin, warb für den Verbleib auf PHV – ihre Partei hatte den Antrag gestellt, dies zu prüfen. Aber auch Frank Wetzel (Grüne) forderte das Stadtteilgremium auf, alles zu tun, „um den Standort Wolfsgärten zu verhindern“. In Richtung von Markus Rothfuß, der das Ankunftscenter leitet und die Pläne in Bezirksbeirat und Hafa vorstellte, sagte er: „Ich kann mir gut vorstellen, dass es im Gemeinderat eine Mehrheit geben wird, PHV zu prüfen.“ Auf den 97 Hektar könne man ein Zentrum von maximal acht Hektar sicher unterbringen.

Neben SPD und Grünen sprechen sich Linke/Piraten und Bunte Linke schon von Beginn an gegen die Wolfsgärten aus. Für die Fraktion FDP/Freie Wähler wehrte sich Simone Schenk – ebenfalls Wieblinglerin – gegen den Standort: „Was jetzt vorgeschla-

gen wurde, kann keine Alternative sein.“ Zunächst beantragte ihre Fraktion jedoch die Vertagung in das erste Quartal 2019. Ob dem Gemeinderat die Entscheidung drei Monate vor der Kommunalwahl leichter fallen wird, darf bezweifelt werden.

Denn auf der einen Seite wehren sich die Wieblingler und Flüchtlingsorganisationen wie der Asylarbeitskreis oder der baden-württembergische Flüchtlingsrat gegen die Wolfsgärten und befürworten einen Verbleib auf PHV. Auf der anderen Seite betont Oberbürgermeister Eckart Würzner, wie wichtig die Kasernenfläche für die Stadtentwicklung ist. „Ohne PHV können wir unsere wohnungspolitischen Ziele nicht erreichen.“ Schließlich werden die anderen Konversionsflächen und die Bahnstadt voraussichtlich in den nächsten Jahren vollständig entwickelt.

Zudem lässt sich laut Michael Braum, Chef der Internationalen Bauausstellung,

das Ankunftscenter nicht mit dem innovativen und integrativen Stadtteil vereinbaren, der auf PHV geplant ist: „Solange das Areal eingezäunt ist, ist es nicht integrierbar“, erklärte er im Bezirksbeirat. „Ich kann eine schöne Architektur machen und die Zäune grün anmalen – aber mehr auch nicht.“ Dass das Areal dringend Zäune braucht, machte Rothfuß deutlich: „Wir brauchen Schutz und müssen wissen, wer sich auf dem Gelände befindet.“ Denn während die Bewohner jederzeit ein- und ausgehen können, dürfen Besucher nur mit Termin auf das Gelände.

Dass diese Debatte überhaupt geführt wird, ist Donald Trump zu verdanken. Denn eigentlich ging man beim Land davon aus, dass das Ankunftscenter in die Mannheimer Coleman-Barracks umziehen darf. Doch der US-Präsident hatte im August dieses Jahres kurzfristig entschieden, die Kaserne weiter nutzen zu wollen.